

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific geographical locations.

## Der Front National (FN) – eine rechtsradikale Partei?

JEAN-YVES CAMUS

April 2014

- Marine Le Pen begann unmittelbar nach ihrer Übernahme des Parteivorsitzes im Januar 2011 damit, den Front National (FN) zu »entdiabolisieren«. Im Zuge einer Runderneuerung hat die Partei sich allmählich ihres früheren Jargons entledigt und explizit rechtsextremes Ideengut verbannt. Auch haben die ideologischen Richtungskämpfe von einst an Schärfe verloren. Die Partei präsentiert sich als »weder links noch rechts«. Ihre programmatischen Schlüsselbegriffe sind »Souveränität«, »Identität« und »Sicherheit«. Trotzdem ist das heutige Programm der FN in seinen Hauptpunkten identisch mit dem früheren Programm zu Zeiten von Jean-Marie Le Pen.
- Heute ist die FN-Basis soziologisch stärker durchmischt als früher, sie ist deutlich jünger und zählt mehr Frauen als je zuvor. Sämtliche Spitzenpositionen im Parteiapparat sind mit jungen Leuten besetzt, die aus dem eigenen Nachwuchs und nicht aus anderen rechtsextremen Gruppierungen hervorgegangen sind. Die Wählerschaft der Partei ist in der Arbeiterschaft verankert und hat sich gesellschaftlich und geographisch diversifiziert. Derart modernisiert und verjüngt ist die Partei bei Wahlen auf regionaler und nationaler Ebene zunehmend erfolgreich, ohne jedoch wirklich in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein.
- Bei den Kommunalwahlen vom 23. und 30. März hatte die FN bereits im ersten Wahlgang gute Ergebnisse erzielt. Trotzdem hat die konservative UMP nicht dazu aufgerufen, dass sich im zweiten Wahlgang ihre Kandidaten zugunsten desjenigen zurückziehen, der die besseren Aussichten hat, den Kandidaten der FN zu schlagen, auch wenn dieser von der Linken ist. In der Folge konnte sich der FN durch ihr gutes Abschneiden erfolgreich als »dritte Kraft« etablieren. Das französische Zweiparteiensystem hat die Partei Marine Le Pens damit jedoch noch nicht durchbrochen.

Im Jahr 2011 leitete die neue Parteichefin des Front National, Marine Le Pen, eine strategische Runderneuerung ihrer Partei ein. Seitdem hegt der seit den 1980er Jahren als rechtsextrem eingestufte Front National, der mit seinem Modell vielen jüngeren rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa Pate stand, unverhohlenen Regierungsambitionen. Die Partei erzielt in nationalen Wahlen regelmäßig zwischen 15 Prozent und 18 Prozent der Stimmen und ist somit de facto die drittstärkste Partei Frankreichs. Laut zwei Umfragen des IFOP-Instituts vom Oktober 2013 und Januar 2014 haben 24 Prozent bzw. 23 Prozent der Franzosen die Absicht, bei den Europawahlen für den Front National zu stimmen – verglichen mit 21 Prozent für die konservative UMP und 18 Prozent für die Sozialisten. Der Erfolg des Front National bei den Kommunalwahlen vom 23. und 30.3.2014 kam daher nicht überraschend und hat hohe Symbolkraft. Die wachsende Zahl der Wechselwähler zwischen Konservativen (vor allem UMP) und Frontisten deutet auf eine ideologische Schwerpunktverschiebung der französischen Politik hin und rückt künftige Partnerschaften zwischen dem Front National und den Konservativen zumindest auf der Lokalebene in den Bereich des Möglichen.

Der vorliegende Artikel versucht eine Bestandsaufnahme des Front National, des »ausgeschlossenen Dritten«<sup>1</sup> der französischen Politik. Was ist der Front National? Eine extreme Rechte im traditionellen Sinn, die der Demokratie und ihren Werten feind ist, jedoch im öffentlichen Diskurs den Schein wahr, oder eine rechtsradikale Partei, die sich als Teilhaberin des demokratischen Systems versteht und als solche gewisse Aspekte der gesellschaftlichen Institutionen und Funktionsweisen zu recht kritisiert?<sup>2</sup>

## Erfolge auf nationaler Ebene

Dem 1972 gegründeten Front National gelang es, die seit 1945 marginalisierte extreme Rechte wieder ins

Zentrum der politischen Arena zu rücken. Kein geringer Erfolg des FN ist seine Langlebigkeit, die ihn radikal vom unaufhörlich sich spaltenden nationalistischen Lager unterscheidet. So existierte die Union des Nationaux Indépendants et Républicains (UNIR), erste Vereinigung der nationalistischen Rechten, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Parlament vertreten war, nur von 1951 bis 1955. Die 1953 entstandene Poujadistenbewegung, die 1956 mit 52 Abgeordneten in die Nationalversammlung einzog, war 1958 schon wieder verschwunden. Der Front National erhält heute mehr Wählerstimmen als alle seine Vorgänger der gleichen politischen Orientierung, selbst bei Mehrheitswahlen mit Einpersonenwahlkreisen und zwei Wahlgängen, die kleine Parteien benachteiligen. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1965 erhielt Jean-Louis Tixier-Vignancour nur 5,2 Prozent der Stimmen, und Ordre Nouveau überstieg 1970 bis 1972 nie die Zweiprozentmarke. Der FN hingegen hat seit den Europawahlen von 1984 stets mehr als zehn Prozent erzielt, mit Ausnahme der Parlamentswahlen von 2007, wo er einen Teil seiner Wählerschaft an Nicolas Sarkozy und die UMP verlor und mit 4,5 Prozent das niedrigste Resultat seiner Geschichte verzeichnete.<sup>3</sup>

Nach der Wahl von Marine Le Pen zur neuen Parteichefin im Januar 2011 und den von ihr eingeleiteten Normalisierungsbemühungen erzielte der FN bei den Präsidentschaftswahlen von 2012 sein bisher bestes Ergebnis mit 17,9 Prozent der Stimmen, 3,04 Prozent mehr als Jean-Marie Le Pen im ersten Wahlgang 2002, als er den Sozialisten Lionel Jospin schlug und gegen Jacques Chirac in die Stichwahl einzog. Bei den Parlamentswahlen 2012 erreichte der FN zwar nicht ganz sein bisher bestes Resultat von 1997 (13,6 Prozent gegenüber 14,94 Prozent), doch die Wahl von zwei Abgeordneten (darunter Marion Maréchal-Le Pen, Nichte von Marine Le Pen, die sich seither zur Medienpersönlichkeit und zum neuen Nachwuchsstar der Partei entwickelt hat) war ein symbolischer Sieg.

Bei den anstehenden Europawahlen versprechen die Umfragen dem Front National ein weitaus höheres Ergebnis als sein Spitzenresultat von 11,73 Prozent im Jahr 1989. Laut einer vom *Journal du Dimanche* veröf-

1. Das Konzept des ausgeschlossenen Dritten (*polo escluso*) wurde von dem Politologen Piero Ignazi entwickelt, um die Situation des Movimento Sociale Italiano (MSI) vor seiner Umwandlung im Jahr 1995 zur Alleanza Nazionale zu beschreiben. Der MSI wurde aufgrund seiner historischen Verknüpfung mit dem Faschismus geächtet und wie der FN von Regierungen und Mehrheitskoalitionen ferngehalten.

2. Die Begriffe *extrême droite* und *droite radicale* (Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus) sind in Frankreich nicht gesetzlich definiert und werden oft synonym verwendet. Französische Politologen unterscheiden in der Regel zwischen dem »nationalpopulistischen« Rechtsextremismus vom Schlag des Front National und dem radikalen Rechtsextremismus außerparlamentarischer Gruppierungen.

3. Selbst bei den Präsidentschaftswahlen von 2007, bei denen eine beträchtliche Zahl der FN-Wähler von 2002 für Nicolas Sarkozy stimmte, erzielte Jean-Marie Le Pen noch 10,44 Prozent. Parlamentswahlen, die auf Präsidentschaftswahlen folgen, verstärken jeweils den Trend, der sich bei Letzteren abgezeichnet hat.

fentlichten Umfrage des IFOP soll der FN mit 23 Prozent der Stimmen gar an der Spitze liegen, vor der UMP mit 21 Prozent und der PS mit 18 Prozent. Eine Umfrage von Opinion Way für *Le Figaro* und LCI Anfang Februar sah die UMP mit 22 Prozent in Führung, gefolgt vom FN mit 20 Prozent und der PS mit 16 Prozent. Der wachsende Unmut könnte bei den Europawahlen am 25.5.2014 zu einer Protestwahl gegen die EU führen, die dem Front National zugute käme. Viele Wähler machen die EU für den Souveränitätsverlust Frankreichs, die Wirtschaftskrise und die Massenimmigration verantwortlich. Dies sind Themen, die auf der Prioritätenliste potentieller FN-Wähler ganz oben stehen und weitaus wichtiger sind als eine Rückkehr zum Franc, der nur 54 Prozent von ihnen zustimmen.<sup>4</sup>

### Regionale und lokale Erfolge

Die Regional- und Departementswahlen in 26 Regionen und 105 Departements, die ursprünglich für 2014 vorgesehen waren, sind auf März 2015 verschoben worden. Bei den Regionalwahlen, mit Verhältniswahl in zwei Wahlgängen und Mehrheitsbonus, hat sich der FN mit einem landesweiten Stimmenanteil zwischen 15 Prozent (1998) und 11,42 Prozent (2010) bisher eine Vertretung in allen Regionalräten sichern können. Nachdem er im Jahr 1998, nach der Abspaltung von Bruno Mégret, einem internen Rivalen von Le Pen, und erneut 2010 aufgrund der Konkurrenz von Nicolas Sarkozy, regionale Abgeordnete einbüßte, wird er diesmal die gegenwärtige Zahl von 118 Regionalräten voraussichtlich überschreiten (Frankreich zählt 1 757 Regionalräte). Auf Départementebene zählt der FN zurzeit nur drei von insgesamt 4 030 conseillers généraux, in den Départements Ain, Vaucluse und Var. Die Départementwahlen, in denen häufig lokale Einflusträger gewählt werden, sind wie die Kommunalwahlen Mehrheitswahlen in Einpersonwahlkreisen und damit für den FN nicht vorteilhaft. Deshalb war die Wahl des FN-Kandidaten Laurent Lopez am 13.10.2013 in der Gemeinde Brignoles im Südosten Frankreichs mit 53,9 Prozent im zweiten Wahlgang ein politisches Ereignis.

Zwei Schlussfolgerungen drängen sich auf: Erstens zeugen die niedrige Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang (33 Prozent) und der starke Anstieg der Beteiligung im zweiten Wahlgang (plus 14 Prozent) sowie wie die

Zahl der abgegebenen Stimmen insgesamt von einer starken Mobilisierungskapazität der FN-Wähler, selbst zwischen den Wahlgängen und selbst bei einer Wahl, deren Symbolwert weitaus größer ist als ihr politisches Gewicht. Zweitens scheint die Strategie der »republikanischen Front« nicht mehr zu funktionieren. Nachdem die zersplitterte Linke ihre Chance auf eine Beteiligung in der zweiten Wahlrunde verspielt hatte, hatten die PS, die PCF und die Grünen ihre Wähler nach dem ersten Wahlgang dazu aufgerufen, für den konservativen Kandidaten zu stimmen um einen Sieg des FN zu verhindern. Diese »republikanische Front«, vom FN als Symbol einer Zweiparteienherrschaft (das »UMPS-System«) denunziert, wird heute von der UMP in Frage gestellt und findet auch bei der Linken weniger Zuspruch als noch 2002, als sich im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen der Kandidat des FN und der Kandidat der UMP gegenüberstanden. Offiziell vertritt die UMP den Standpunkt des »weder noch« d.h. weder für den FN noch für eine mit »linksextremen« Parteien (in diesem Fall die kommunistische Partei und die Parti de Gauche) verbündete PS stimmen. Die Linkswähler ihrerseits haben in der Serie der von der Rechten gewonnenen parlamentarischen Teilwahlen 2012 bis 2013 gezeigt, dass sie ihre Stimme im zweiten Wahlgang nicht mehr automatisch dem bestplatzierten Kandidaten von UMP oder PS geben. Das scheint eine logische Folge sowohl des Rechtsrutsches der UMP als auch der Enttäuschung der Wähler mit François Hollande zu sein, dessen 2012 angetretene Regierung bisher nicht den erhofften sozialpolitischen Wandel gebracht hat.

### Eine modernisierte und verjüngte Partei strebt an die Macht

Der Front National hat beinahe 15 Jahre gebraucht, um sich von der Abspaltung Bruno Mégrets und seiner Anhänger 1998 bis 1999 zu erholen. Vor der Spaltung zählte er zuverlässigen Zahlen zufolge 42 000 Mitglieder Ende 2013 sind es FN-eigenen Angaben zufolge 74 000. Der Politologe Nicolas Lebourg schätzt die tatsächliche Zahl auf rund 52 000. Diese Zahl erhält man, wenn man die Mitgliedschaftseinnahmen der Partei durch den durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag dividiert.<sup>5</sup> Allerdings gibt die Mitgliederzahl nur ungenaue Auskunft über die

4. In der oben zitierten Umfrage von Opinion Way.

5. In Frankreich sind diese Daten meldepflichtig. Ihre vorschriftsmäßige Meldung ist Voraussetzung für die gesetzlich vorgesehene staatliche Unterstützung politischer Parteien.

Mobilisierungskapazitäten einer Partei. So sind die nationalen Massenveranstaltungen der Partei heute weniger gut besucht als in den 1990er Jahren (das gilt insbesondere für den Umzug zu Ehren der Nationalheldin Jeanne d'Arc am 1. Mai, eine der wichtigsten Veranstaltungen im Kalender des FN), und die Zahl der Demonstranten (ca. 5 000 im Jahr 2013) ist weit niedriger als bei vergleichbaren Versammlungen der radikalen Rechten und der Gruppierungen um die ultrakonservative Bewegung des *Printemps Français*.<sup>6</sup>

Auch territorial weist der FN noch große Lücken auf. Von 36 697 Gemeinden (davon 943 mit mehr als 10 000 Einwohnern) hat der FN in weniger als 500 eigene Listen für die Kommunalwahlen von 2014 aufstellen können. Mit der Wahl von Marine Le Pen zur neuen Parteichefin beschleunigten sich jedoch der Generationenwechsel und der soziale Wandel der Partei, die sich fortan mit professionellen Parteikadern auf die angestrebte Machtübernahme vorbereitet. Die Zeiten der »persönlichen Partei« des Parteipräsidenten Jean-Marie Le Pen, dem seine starke Medienpräsenz und seine Rolle als politischer Störenfried zu genügen schienen, sind vorbei. Entsprechend hat sich auch die Demographie der Parteimitglieder verändert: Die Parteibasis ist heute jünger und zählt mehr Frauen als je zuvor. 29,3 Prozent der Mitglieder sind unter 30, 34,2 Prozent zwischen 30 und 50, 18,1 Prozent zwischen 50 und 65, 18,4 Prozent älter als 65. 39 Prozent sind Frauen und 61 Prozent Männer, ein Missverhältnis, die dem FN bei der Aufstellung von Kommunallisten (die paritätär besetzt sein müssen) Schwierigkeiten bereitet, die aber immer weniger die Demographie seiner Wähler widerspiegelt. Während der *gender gap* in den 1990er Jahren noch zwischen fünf Prozent und sieben Prozent lag, erhielt Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 2012 19 Prozent der männlichen und 17,5 Prozent der weiblichen Stimmen, und bei den niedrigqualifizierten Arbeitern stimmten sogar mehr Frauen für sie als Männer.<sup>7</sup>

6. Die Demonstration *Jour de colère* (Tag der Wut) vom 26.1.2014, auf der zum Rücktritt oder zur Amtsenthebung François Hollandes aufgerufen wurde, versammelte in Paris über 20 000 Demonstranten. Die Demonstrationen gegen die Homosexuellenehe, für die sich ein Teil der konservativen Rechten mit der extremen Rechten sowie einer breiten katholischen Front zusammenschloss, zählten im Jahr 2013 teilweise bis zu 400 000 Teilnehmer.

7. Dies lässt sich durch die starke Überzahl von Frauen in Teilzeitjobs des dienstleistenden (85 Prozent) und des produzierenden (75 Prozent) Gewerbes erklären.

Heute ist die FN-Parteibasis demnach soziologisch stärker durchmischt als früher, doch das Prestige, das für FN-Mitglieder abfällt, ist weiterhin geringer als bei den Mainstream-Parteien, ein Handicap, das der FN durch eine bessere Vorbereitung seiner Kandidaten auf die Wahlen zu überwinden versucht. Heute sind sämtliche Spitzenpositionen im Parteiapparat mit jungen Leuten besetzt, die direkt aus dem FN und nicht aus rechts-extremen Gruppierungen hervorgegangen sind und deren junges Alter den Fortbestand der Partei sichert. Marine Le Pen, geboren 1968, wird bei den Präsidentschaftswahlen 2017 49 Jahre alt sein, drei Jahre jünger als Nicolas Sarkozy bei seiner Wahl im Jahr 2007. Der Parteivizepräsident Louis Aliot ist 44 Jahre alt, ein weiterer Vizepräsident, Florian Philippot, sogar erst 32. Der Generalsekretär Steeve Briois ist 41 Jahre alt und der Kampagnenleiter für die Kommunalwahlen, der sehr einflussreiche Nicolas Bay, 36. Marion Maréchal-Le Pen wurde mit 23 Jahren zur jüngsten Parlamentsabgeordneten in der Geschichte Frankreichs. Der Schwachpunkt dieses Parteiapparats sind die internen Machtkämpfe, die man auch auf Départementebene wiederfindet und bei denen es in erster Linie darum geht, wer den größten Einfluss auf die Parteichefin ausübt.

## Die verschiedenen Strömungen der Partei

Die ideologischen Richtungskämpfe haben heute an Schärfe verloren. Der ehemalige Generaldelegierte und gegenwärtige Europaabgeordnete Bruno Gollnisch, historischer Rivale von Jean-Marie Le Pen, hat zwar weiterhin ca. 40 Verbündete im Zentralkomitee der Partei (120 Mitglieder), doch kann er nicht mehr wie vor 2011 behaupten, innerhalb der Partei den rechtsextremen Nationalismus zu verkörpern. Die traditionstreuen Katholiken, die ihren Einfluss hauptsächlich Bruno Gollnisch verdanken, haben kaum mehr Gewicht. Die revolutionären Nationalisten, die ein antikapitalistisches europäisches Reich schaffen und sich sämtlicher EU-fremden Ausländer entledigen möchten, sind isoliert und nur noch durch einige Einzelkämpfer vertreten, wie z.B. Christian Bouchet, FN-Spitzenkandidat in Nantes. Die Neofaschisten wurden während der sogenannten »Dediabolisierung« im ersten Halbjahr 2011 aus der Partei ausgeschlossen. Somit können die Kritiker von Links heute kaum mehr auf Beziehungen zwischen dem Front National und der traditionellen extremen Rechten verweisen, trotz verbalen »Entgleisungen« und rassistischen oder – seltener –

antisemitischen Auslassungen von Kandidaten, die die neue Verhüllungsstrategie des FN-Diskurses noch nicht verinnerlicht haben.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass es beim Front National keine politischen Unterschiede mehr gibt. Sie werden durch die neu gefundene Einheit der Partei um Parteichefin Le Pen und die Wahlerfolge unter ihrer Führung sowie durch die noch schmerzhaft präsente Erinnerung an die schwerwiegenden Folgen der Spaltung von 1998 in den Hintergrund gedrängt. Heute dominieren zwei ideologische Richtungen die interne Debatte: Erstens der neurepublikanische Souveränismus, angeführt von der Nummer Zwei des FN, Florian Philippot, dessen rapider Aufstieg die Spannungen noch verschärft hat. Philippots Anlehnung an den sozialen Gaullismus sowie seine Bemühungen, Souveränisten nicht nur von rechts, sondern auch aus der nationalrepublikanischen Linken des ehemaligen Innenministers Jean-Pierre Chevènement in den FN zu locken (heute trifft man beide Strömungen in der Koalition »Rassemblement Bleu Marine« RBM<sup>8</sup> wieder), finden wenig Anklang bei einer Parteibasis, deren Bewunderung für de Gaulle einhergeht mit einer tiefverwurzelten Aversion gegen die Linke. Die zweite Richtung liegt zwischen dem von der Parteispitze eingeführten Slogan »Weder rechts noch links« und den deutlich rechts angesiedelten Frontisten, die sich heute um Marion Maréchal zu sammeln scheinen.

Jérôme Fourquet hat in einer Studie des Umfrageinstituts IFOP nachgewiesen, dass die beiden Lager eine sowohl geographische als auch sozialökonomische Realität widerspiegeln: im Norden des Landes eine stark von Arbeitern und der unteren Mittelschicht geprägte Wählerschaft (die »Verlierer der Globalisierung«), von rechts wie links enttäuscht, die auf eine Partei mit starker sozialer Komponente hoffen, im Süden eine Mehrheit von radikalisierten UMP-Abtrünnigen, die auf Traditionsverbundenheit Wert legen, größtenteils der Mittelklasse und den freien Berufen angehören und wirtschaftlich liberaler denken. Im Licht dieser Polarisierung wird verständlich, warum Marine Le Pen sich von den Demonstrationen gegen die Homosexuellenehe fernhielt, während Marion Maréchal mitmarschierte. Für Marine Le Pens traditionelle Wähler ist dieses Thema von geringer Relevanz.

8. Der RBM ist eine Art Frontorganisation des FN, der man sich auch anschließen kann, wenn man in die Partei selbst nicht eintreten möchte.

## Ein fast unverändertes Programm in neuer Verpackung

Das heutige Programm des FN ist in seinen Hauptpunkten identisch mit dem früheren Programm unter Jean-Marie Le Pen, doch seit Marine Le Pens Rundumerneuerung hat sich die Partei jeglichen als rechtsextrem einstuftbaren Jargons entledigt und explizit rechtsextremes Ideengut verbannt. Die beiden Schlüsselbegriffe sind Souveränität und Identität, ergänzt von einem Schwerpunkt: Sicherheit. Seine Souveränität soll Frankreich durch einen unilateralen Austritt aus der EU, eine Rückkehr zum Franc (die nur 54 Prozent der FN-Wähler unterstützen) und eine protektionistische Zollpolitik zurückgewinnen. Der Souveränismus des FN ist nicht zuletzt deshalb attraktiv, weil er sich mit einer breiteren Globalisierungskritik deckt und wie diese die liberale Globalisierung für Delokalisierungen, Arbeitslosigkeit und den Niedergang Frankreichs verantwortlich macht. Dabei definiert der FN die nationale Identität ziemlich genau so wie Nicolas Sarkozy dies seinerzeit getan hatte, doch die juristischen Maßnahmen, die er in diesem Zusammenhang vorschlägt, unterscheiden sich deutlich von denen Sarkozys.

Die nationale Identität im Sinne des Front National ist durch Abstammung und in seltenen Fällen durch Einbürgerung bestimmt vorausgesetzt, Letztere geht mit einer restlosen Assimilierung einher. Dem Christentum wird bei der Ausbildung der kulturellen Identität Frankreichs eine entscheidende Rolle zugesprochen, während der Islam entweder als Besatzungsmacht oder als politisches Projekt gesehen wird, in seltenen Fällen als Religion, deren Ausübung innerhalb des Rahmens der französischen Laizität möglich ist.<sup>9</sup> Allerdings wird der Begriff Laizität vom Front National verfälscht. Er begnügt sich nicht mehr mit der Trennung von Religion und Staat, sondern will jüdische und muslimische religiöse Symbole im öffentlichen Raum untersagen, koscheres Schächten und Schlachten nach Hallal verbieten und die staatliche Unterstützung von sogenannten »kommunitaristischen« Vereinen einstellen, selbst wenn diese kulturelle Ziele verfolgen. In ihrer radikalsten Form wird diese Laizität zur expliziten Islamophobie, wie im Fall der Vereine Riposte Laïque und Résistance

9. Marine Le Pen am 7.10.2012 : »Die Franzosen wissen, dass man den radikalen Islam von den Muslimen trennen muss, die die laizistische Funktionsweise unseres Landes vollkommen akzeptieren.«

Républicaine<sup>10</sup>, deren Gründer allerdings aus der Linken hervorgegangen sind.

Durch diese beabsichtigte Umsetzung des Identitätsbegriffs in Gesetze unterscheidet sich der FN deutlich von der konservativen Rechten. Unter Sarkozy wurde kein einziger der Vorschläge des FN verwirklicht: Bevorzugung von Franzosen auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und bei der Verteilung von Sozialleistungen; drastische Reduzierung der europäischen und nichteuropäischen Einwanderung auf 10 000 Personen pro Jahr, ausgewählt allein aufgrund ihrer beruflichen Kompetenz; Abschaffung des *ius soli*.

Wie schon Bruno Mégret in den 1990er Jahren legt die heutige Parteidirektion großen Wert auf die Wortwahl. Durch die richtige Terminologie sollen Themen salonfähig gemacht werden, die dem politischen Konsens zuwiderlaufen, ohne dass der FN dabei als rechtsextrem eingestuft wird. So wurde die *préférence nationale* (nationale Bevorzugung) zur *priorité nationale* (nationale Priorität), wodurch die juristisch diskriminierende Dimension vermieden wird. *L'inversion des flux migratoires* (die Umkehrung des Migrationsstromes), euphemistische Bezeichnung für die Abschiebung von legalen und illegalen Einwanderern, wurde ersetzt durch die *réduction du nombre d'étrangers admis en France* (Reduzierung der Zahl der in Frankreich zugelassenen Einwanderer). Das Präsidentschaftsprogramm von Marine Le Pen übernimmt das Vokabular und die Vorschläge der Einwanderungsinitiative der Schweizer SVP: Verwendung des Begriffs *immigration de masse* (Masseneinwanderung), Infragestellung der Freizügigkeitsabkommen und des Schengener Abkommen, automatische Ausweisung straffälliger Ausländer.

Diese Vorschläge des FN führen schon seit den 1990er Jahren zu einer Art politischem Wettrennen zwischen dem FN und dem rechten Flügel der UMP, verkörpert durch die Droite Forte unter dem ehemaligen Frontisten Guillaume Peltier und die Droite Populaire des ex-Ministers Thierry Mariani. Die Erfahrung hat gezeigt, dass der Versuch der konservativen Rechten, sich Themen wie nationale Identität und Einwanderung zu eigen zu machen und dadurch einen Teil der FN-Wähler zurückzugewinnen, in der Regel nur die Attraktivität von

Marine Le Pen und ihren in dieser Hinsicht radikaleren Vorschläge steigert. So waren im Jahr 2006 62 Prozent der UMP-Wähler der Ansicht, dass »Frankreich zu viele Einwanderer hat«. Heute sind es 87 Prozent.

Schließlich bedient sich der Front National in seinem Diskurs um Souveränität und Identität nicht zuletzt auch populistischer Mittel. Er prangert den Graben zwischen den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Eliten und dem Volk an, welches um sein Recht zur Selbstbestimmung gebracht werde. Als Lösung sieht der FN den systematischen Rückgriff auf die Volksabstimmung, in gesellschaftlichen Fragen ebenso wie zu lokalen Themen, sowie die Ersetzung des repräsentativen Mandats der Parlamentarier durch ein »imperatives Mandat«, das diese strikt an die Anweisungen ihrer Wähler bindet. Während der Populismus des FN mit seinen Forderungen nach mehr direkter Demokratie in der französischen Rechten und extremen Rechten eine lange Tradition hat, findet man den Diskurs gegen die Eliten wie auch gegen die EU und die Globalisierung vermehrt in der radikalen Linken wieder, formuliert auf eine Weise, die sich vom Diskurs des FN mit Ausnahme der ethnischen Komponente oft nur gering unterscheidet.

Das Gleiche gilt für die antiliberale Wende, die der FN unter Marine Le Pen vollzogen hat. Le Pens Präsidentschaftsprogramm enthält ein Kapitel mit der Überschrift »Ein starker Staat - Der Staat als Strategie«. Auf diese Überschrift folgt die Feststellung, dass »der Arbeitsmarkt, der Wiederaufbau der Industrie, gleiche Chancen für alle Franzosen, die Raumplanung und die Vitalität des öffentlichen Dienstes« vom Staat abhängen. »Aus historischen Gründen ist es in Frankreich der Staat, dem bei diesem Wiederaufbau die führende Rolle zukommt ein starker Staat, der mit seiner Autorität die Finanzmächte, Kommunitarismen und lokalen Feudalisten in Schach halten kann.« Für den FN bedeutet die Rückkehr des Staates die Rückkehr zur strategischen Wirtschaftsplanung, das Ende der Umsetzung der EU-Richtlinien zur Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen, die staatliche Kontrolle der Banken und die Trennung von Depotbanken und Geschäftsbanken, die Einführung einer globalen Steuer auf Finanztransaktionen und die Möglichkeit der Nationalisierung von Kreditinstituten sowie von Unternehmen, die aus börsenstrategischen Gründen Massenentlassungen vornehmen. Während des landesweiten Streiks 1995 hatte der FN unter Jean-Marie Le Pen eine zaghafte »sozialpolitische Wende«

10. Vereine, von denen mehrere Mitglieder entweder als Kandidaten des FN (Fabien Engelmann in Hayange) oder des RBM (Gérard Brazon in Puteaux) an den Kommunalwahlen teilnehmen.

versucht, die jedoch angesichts des ultraliberalen Diskurses der Partei völlig unglaubwürdig blieb. Heute ist die sozialpolitische Wende vollzogen, und sie ist nicht nur glaubwürdig, sondern entspricht auch den Erwartungen der FN-Wählerschaft.

### Eine in der Arbeiterschaft verankerte Wählerschaft, die sich soziologisch und geographisch diversifiziert

Der FN versteht sich seit seiner Gründung als Partei mit breiter Anziehungskraft, deren Ziel es ist, »die Unzufriedenheit aller Schichten zu fördern« so der Chefideologe der Partei, François Duprat. Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 stimmten 33 Prozent der Arbeiter, 18 Prozent der Arbeitslosen und 25 Prozent der Handwerker und Einzelhändler für Marine Le Pen. Die Rückkehr Letzterer zum Front National liegt nicht zuletzt an der Wahlkampagne von Nicolas Sarkozy, der diesmal anders als im Jahr 2007 das Schlüsselthema der *valeur-travail* (Arbeit als Wert) fallen ließ. Mit 19 Prozent der Stimmen bei den 18- bis 24-jährigen gelang dem FN der Durchbruch in einer Altersgruppe, die sich mehr als jede andere Sorgen um ihre berufliche Zukunft macht.

Dabei besteht bei den Jugendlichen wie auch in der Gesamtbevölkerung ein enger Zusammenhang zwischen Wahl des Front National und Ausbildungsniveau: 75 Prozent der FN-Wähler haben keine Hochschulausbildung absolviert. Dies gilt ganz besonders für die beiden »erwerbstätigen« Altersgruppen der 25 bis 34-jährigen (20 Prozent Stimmen für den FN) und der 35 bis 44-jährigen (24 Prozent Stimmen für den FN), in denen der FN den größten Zulauf verzeichnet, während die über 65-jährigen der UMP treu bleiben. Allerdings muss man hier die Bedeutung der Variablen »Ausbildungsniveau« richtig interpretieren. Sie deutet nicht etwa auf eine inhärente Unfähigkeit der FN-Wähler, die Probleme einer komplexen Welt zu verstehen, sondern auf die größere Fragilität der Niedrigqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt, auch gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Wähler mit intellektuellen Berufen (acht Prozent Zustimmung für den FN) und mittleren Fachberufen sowie diejenigen, die über ein Einkommen von über 3 000 Euro pro Monat verfügen, kehren der FN weiterhin entschlossen den Rücken.

Geographisch gesehen hat der FN östlich einer Linie, die von Calais im Norden bis Perpignan im Süden reicht,

die besten Ergebnisse erzielt. Während westlich dieser Linie noch »Missionierungsbedarf« besteht, sind die Regionen Picardie (25,03 Prozent) und Nord-Pas de Calais im Norden Frankreichs und Champagne-Ardenne (23,9 Prozent) und Lorraine (23,66 Prozent) im Nordosten Hochburgen des Front National. Ebenso gute oder sogar bessere Resultate erreicht der FN in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (23,87 Prozent) im Südosten und Languedoc-Roussillon (23,454 Prozent) im Süden, mit Spitzenwerten von 27,03 Prozent im Département Vaucluse und 25,5 Prozent im Département Gard. Es wäre allerdings falsch, diese geographische Verteilung allein auf die lange Geschichte des FN in diesen Départements und Regionen zurückzuführen. Sie steht in engem Zusammenhang mit dem Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Franzosen an der Wohnbevölkerung und dem der Einwohner der sogenannten »periurbanen Zonen«. Dies sind Vororte, die 80 bis 90 Kilometer von der nächsten Großstadt entfernt liegen und deren Bewohner mit prekären sozialen Verhältnissen, Abgeschnittenheit und massiver Deindustrialisierung zu kämpfen haben.

### Die Wahlmotivationen

Laut einer Umfrage von IPSOS-Logica vom April 2012 haben 67 Prozent der Wähler von Marine Le Pen für sie gestimmt, weil sie »sich der Sorgen ihrer Wähler annimmt«. Dass Marine Le Pen in diesem Punkt gemeinsam mit der Kandidatin der Grünen am besten abschnitt, legt nahe, dass die Hypothese einer »Protestwahl« der FN-Wähler heute weniger relevant ist. Marine Le Pen, die mit Jean-Luc Mélenchon, dem Parteichef der Parti de Gauche, als die Kandidatin betrachtet wird, die »den Franzosen am nächsten steht«, ist gleichzeitig diejenige, die das geringste Vertrauen erweckt und von der man am wenigsten glaubt, dass sie das Zeug zur Präsidentin habe. Ihre Wählerstimmen verdankt sie laut Umfrage ihrem Standpunkt in Bereichen, in denen sie sich von ihrem Gegnern deutlich unterscheidet. Einwanderung steht bei den Wahlmotivationen ihrer Wähler ganz oben (62 Prozent), gefolgt von Sorgen um die Sicherheit (44 Prozent). Der Anteil an Wählern, deren Stimme von der in jüngster Zeit sinkenden Kaufkraft motiviert war, lag bei den Wählern des FN höher als bei denen Sarkozys, und die Finanz- und Wirtschaftskrise war für FN-Wähler von größerem Gewicht als für die Wähler von François Hollande. Insgesamt zeichnet sich eine Wählerschaft ab, die sich um die drei Hauptthemen Einwanderung,

Identität und Sicherheit sammelt und von der 56 Prozent ihre Stimme abgaben, um ihre bevorzugte politische Persönlichkeit im zweiten Wahlgang zu sehen, während 44 Prozent hofften, dass Le Pens Wahlergebnis es ihr ermöglichen würde, ihre Ideen in die nationale politische Debatte einzubringen. Mit anderen Worten: eine Stimmabgabe, die zweifellos eine zumindest partielle Unterstützung des FN-Programms widerspiegelt.

Trotz der Erfolge besteht für den FN wenig Hoffnung, eines Tages allein an die Macht zu kommen. Die »gläserne Decke« von über 50 Prozent bei der Mehrheitswahl hat er bislang nirgends erreicht, nicht einmal in der Hochburg von Marine Le Pen, Hénin-Beaumont, in der Region Nord-Pas-de-Calais im Norden Frankreichs, wo der FN das Bürgermeisteramt bislang stets knapp verfehlt hat. In dieser Hinsicht ist die vom Institut IFOP für die Stiftung Jean Jaurès im September 2013 durchgeführte Umfrage zur »Fusion von rechten Wählerschaften« sehr aufschlussreich, trotz der wiederholten Versicherung der Parteispitze der UMP, dass ein Abkommen mit dem FN ausgeschlossen sei. In der Tat sprechen sich 47 bis 53 Prozent der UMP-Anhänger und 64 bis 72 Prozent der Frontisten für ein Wahlabkommen ihrer Parteien bei Lokalwahlen (Kommune, Département und Region) aus. Im Jahr 2010 waren es nur 32 Prozent bzw. 62 Prozent.

Mit dieser Zunahme einher geht eine Entwicklung, in der gewisse Aussagen einer deutlich enthemmten Rechten bei Anhängern dieser Parteien zwischen 2006 und 2013 auf wachsenden Zuspruch stießen. Kaum überraschend sind 96 Prozent der Frontisten der Meinung, dass »Frankreich zu viele Einwanderer hat«. Das sind weniger als im Jahr 2010, während der Trend bei der UMP umgekehrt ist: 62 Prozent im Jahr 2006 gegenüber 87 Prozent im Jahr 2010! Das Gleiche gilt für den Vorwurf des Missbrauchs von Sozialhilfen und der Abhängigkeit von staatlicher Stütze: Seit 2010 trifft man ihn bei Anhängern der UMP häufiger an (95 bis 96 Prozent) als bei Frontisten (94 Prozent). Die Aussage, derzufolge »Arbeitslose arbeiten könnten, wenn sie nur wollten«, stößt seit vier Jahren auf mehr Zustimmung bei der UMP (72 Prozent) als beim FN (68 Prozent). Eine Überraschung gibt es auch bei einer zentralen gesellschaftlichen Frage: Die Tolerierung der Homosexuellenehe und der Adoption durch homosexuelle Paare liegt bei UMP-Anhängern bei 28 Prozent, beim FN bei 31 Prozent. Zur Aussage »Man fühlt sich nirgendwo sicher« legen die beiden Wählerschaften ein bisschen weniger Einigkeit an den

Tag: 89 Prozent der Frontisten stimmen zu, verglichen mit 73 Prozent bei der UMP – ein Prozentsatz, der sich allerdings seit 2006 mehr als verdoppelt hat.

Nicolas Sarkozys Präsidentschaft hat in mehr als einer Hinsicht zur Ausbildung einer hybriden Rechten beigetragen, die sich nicht mehr in die klassische, von René Rémond erstellte Typologie der französischen Rechten einordnen lässt. Das spezifisch französische Phänomen der konterrevolutionären Rechten, die das Ancien Régime wiederherstellen wollte, ist ein Relikt der Vergangenheit, die liberale Rechte ist wie in vielen Ländern Europas im Niedergang. Die konservative und populistische Rechte dagegen formuliert ihr ideologisches Arsenal neu und macht die Frage der Identität zur neuen Priorität, indem sie gesellschaftliche Verhältnisse ethnisiert und die liberalen-libertären Werte im Namen einer Art »Anti-68er Bewegung« in Frage stellt.

## Schlussfolgerung

Der FN versucht heute, sein Image zu normalisieren und seine politische DNA, die zweifellos in der historischen Rechtsextremen verankert ist, neu zu programmieren. Marine Le Pen hat diese Wandlung seit ihrer Wahl zur Parteichefin erfolgreich begonnen, und obwohl dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist (der FN-Kongress von Tours im Januar 2011 kann nicht mit dem Kongress von Fiuggi verglichen werden, in dem die MSI zur Alleanza Nazionale wurde), hat sich der FN heute deutlich den populistischen und xenophoben Rechtsparteien angenähert, die man als die vierte Welle der Nationalpopulismen bezeichnen könnte. Gemeinsam mit den skandinavischen Rechtspopulisten, der Schweizer SVP, der holländischen Partij voor de Vrijheid (PVV) und in geringerem Maße der italienischen Lega Nord bildet der FN im Vorfeld der Europawahlen eine neue politische Familie.

Ob der FN seinen Einfluss steigern und sich möglicherweise an der Regierung beteiligen können, hängt von zwei Faktoren ab. Erstens von seiner Fähigkeit, sich durch Teilnahme an lokalen und regionalen Koalitionen ins bestehende System zu integrieren, ohne dabei seinen Reiz als »Antisystem«-Bewegung einzubüßen. Zweitens von der Haltung der konservativen Rechten (UMP und ehemalige UDI), die ständig schwankt zwischen einer formellen Verurteilung des FN und einer Nachahmung seiner Politik und deren Parteispitze von der Parteibasis

zunehmend unter Druck gesetzt wird, mit dem FN zumindest Ad-hoc-Abkommen zu schließen.

Schließlich hat sich der FN trotz »Dediabolisierung« noch längst nicht aller ideologischen Ambivalenzen entledigen können. Als Beispiel hier nur die einführenden Worte auf der persönlichen Webseite von Aymeric Chauprade, seit 2013 Berater von Marine Le Pen in internationalen Fragen und voraussichtlich Pariser Spitzenkandidat des RBM für die Europawahlen: »Aymeric Chauprade ist Berater des Präsidenten der Dominikanischen Republik Leonel Fernandez und mehrerer führender politischer Akteure im Nahen Osten. Im Jahr 2012 plant Aymeric Chauprade, sich in *Österreich* niederzulassen, um in den kommenden Jahren seiner Idee eines starken kontinentalen Europas der *indigenen Völker zum Durchbruch zu verhelfen*. Gleichzeitig will er dadurch seinen Kindern eine Ausbildung mit französischem und *deutschem Kulturhintergrund* ermöglichen«.<sup>11</sup>

---

11. Quelle: <http://edition.realpolitik.tv>. Die Webseite führt an: »Copyright Aymeric Chauprade«, 2014. Hervorhebungen J.-Y Camus.



## Nachtrag

### Der Front National nach den Kommunalwahlen vom 23. und 30. März

Nach dem zweiten Wahlgang verkündete Marine Le Pen, dass ihre Partei das französische Zweiparteiensystem durchbrochen und sich dauerhaft als dritte Kraft etabliert hätte. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen bestätigen den zweiten Punkt, doch die erste Behauptung entbehrt jeglicher Grundlage.

Nach einer Wahl, die für die Linke und besonders für die Sozialistische Partei mit einer historischen Niederlage endete und bei der die UMP 162 Städte mit über 10 000 Einwohnern erobern konnte, übernahm der FN elf Kommunen, davon neun mit mehr als 10 000 Einwohnern. Vor dem Hintergrund einer starken Wahlenthaltung (41 Prozent) kommt der FN auf 16,9 Prozent der Stimmen in den 244 Gemeinden, in denen er im zweiten Wahlgang antrat. Die Partei von Marine Le Pen verfügt nun über 1 200 Stadträte und verstärkt somit ihre Präsenz vor Ort, auch wenn es ihr noch nicht gelang, das von UMP, PS und ihren jeweiligen Verbündeten beherrschte politische System zu durchbrechen. Damit hat der FN die bisherige Hürde von 500 »Wahlpatenschaften« überwunden, die für die Nominierung eines Kandidaten für die Präsidentschaftswahl notwendig ist. Obgleich der FN noch nicht die Stärke einer Regierungspartei hat, so konnte er doch eine politische Dynamik in Gang setzen, die ihm bei den Europawahlen zugute kommen wird. Dies ist auch auf seine Strategie der »Entdiabolisierung« zurückzuführen.

Geographisch hat die FN in Gemeinden gewonnen, wo die Partei bereits stark verankert war: In Nordfrankreich wurde die Stadt Hénin-Beaumont, der Stammsitz von Marine Le Pen, von Steve Briois bereits im ersten Wahlgang erobert, in der Picardie, die ebenfalls im Norden Frankreichs liegt, Villers-Côterets und in Lothringen Hayinge, wo der neue Bürgermeister Fabien Engelmann, ein ehemaliger CGT-Gewerkschafter, sehr aktiv in dem anti-islamischen Verein »Laizistischer Gegenschlag« agiert. Im Languedoc-Roussillon, im Süden Frankreichs, eroberten Robert Ménard, Gründer und ehemaliger Generalsekretär der Journalistenvereinigung »Reporter ohne Grenzen«, für Rassemblement Bleu Marine ohne Schwierigkeit Béziers und Julien Schnabel die Stadt Beaucaire. Im Südosten erhielt der FN in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur wieder viel Zustimmung und gewann das 7. Arrondissement von Marseille sowie die Stadt Fréjus und die Gemeinden Cogolin, Le Luc und

Le Pontet. In der Region Ile-de-France konnte der FN einzig in Mantes-la-Ville durch die Zersplitterung der linken Parteien die Wahl im zweiten Wahlgang überraschend für sich entscheiden. Zu diesen Erfolgen der FN müssen noch drei weitere Gemeinden hinzugefügt werden, die fortan von der Ligue du sud geführt werden, einer extremen Rechtspartei, die einzig in der Provence-Alpes-Côte d'Azur vertreten ist: Orange, Bollène und Camaret sur Aigues. Hier wurde der siegreiche Kandidat von Marion Maréchal-Le Pen unterstützt. Insgesamt werden die Rechtsextremen 14 Gemeinden verwalten.

Trotz der guten Ergebnisse des FN im ersten Wahlgang hat die UMP den Grundsatz der »republikanischen Front« nicht angewendet bei der ein Kandidat sich zugunsten desjenigen zurückzieht, der die besten Chancen hat, den FN zu schlagen, auch wenn dieser von der Linken ist. Die UMP hat aber an ihrer traditionellen Position festgehalten und ist keine Allianzen mit der Partei von Marine Le Pen eingegangen. Sie vertritt weiterhin die Auffassung, dass es sich hier wie bei der Front de Gauche um eine extremistische Partei handelt.

Die Parti Socialiste hat erneut die Notwendigkeit bekräftigt, durch eine »republikanische Front« der FN Einhalt zu gebieten. Diese Entscheidung wird jedoch von einem ganz erheblichen Teil der Parteimitglieder in Frage gestellt. Für viele ist es undenkbar, für einen rechten Kandidaten zu stimmen, dessen Programm sich manchmal nur gering von dem der FN unterscheidet. Zudem hat diese Entscheidung zur Folge, dass die Sozialisten sechs Jahre lang nicht im Stadtrat vertreten sein werden. Damit hat die Opposition gerade in Städten, wo durch den Sieg der FN eine besondere Achtsamkeit und eine ständige Reaktionsfähigkeit notwendig wäre, keinen wirklichen Zugriff mehr.

Marine Le Pen fordert von den neuen Bürgermeistern ihrer Partei, dass sie ihre Gemeinden »konfliktfrei« verwalten. Es soll nicht wieder, wie 1995 geschehen, zu einer ideologischen Polarisierung in den von der FN geführten Städten kommen. Es wird sich herausstellen, ob die Bürgermeister, ihre Teams und die örtlichen Parteimitglieder sich dieser Sichtweise anschließen.



## Über den Autor

**Jean-Yves Camus** ist Wissenschaftler am Institut für Internationale und Strategische Beziehungen (IRIS), Leiter der Forschungsgruppe zum politischen Radikalismus bei der Jean-Jaurès-Stiftung, Mitglied im European Consortium on Political Research und Mitglied der Task Force on Antisemitism des European Jewish Congress. Sein Forschungsgebiet sind die nationalistischen und extremistischen Bewegungen in Europa.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika  
Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: +49-30-269-35-7736 | Fax: +49-30-269-35-9249  
<http://www.fes.de/international/wil>  
<https://www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika>

Bestellungen/Kontakt hier:  
[FES-WENA@fes.de](mailto:FES-WENA@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet.

Seine Tätigkeit zielt darauf, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen.

Langjährige Veranstaltungsreihen sind

- die Deutsch-Französischen Strategiegespräche (»Cercle stratégique«) über aktuelle außen- und sicherheitspolitische Themen,
- Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen (»Cercle des Economistes«)
- das Deutsch-Französische Gewerkschaftsforum

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-841-7